

NW2 16.09.05

Kein Wildfangzaun an B 212

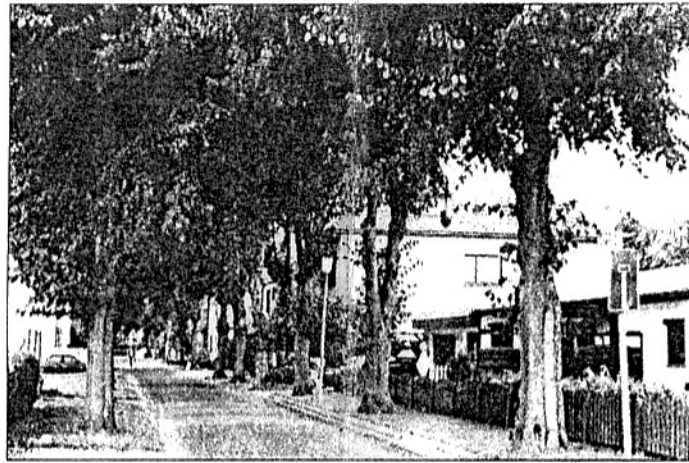
AUSSCHUSS Schilder warnen vor Wildwechsel – Baumschutzsatzung aufgehoben

Der Revierförster sprach sich gegen die Lösung aus. Das Unfallrisiko würde zunehmen.

VON ULRICH SCHLÜTER

NORDENHAM – Die Pläne für das Aufstellen eines Wildfangzaunes im Bereich des Seenparks III entlang der Bundesstraße 212 sind verworfen worden. Die Mitglieder des Umweltschutzausschusses folgten damit der Empfehlung des Revierförsters Heinz Smit vom zuständigen Forstamt in Varel. Der Ratsherr Dietmar Brückner (SPD) hatte den Vorschlag eingebracht, weil sich auf der Rahdener Straße zahlreiche Wildunfälle ereignet hatten. Das Votum des Ausschusses nach Rücksprache mit dem Revierförster war einstimmig.

Eine Zaunanlage könnte laut Smit in dem etwa zwei Kilometer langen Abschnitt zwar eine Querung der Fahrbahn verhindern. Aber das Wild würde dann nach anderen Möglichkeiten suchen, um die Straßenseite zu wechseln und in den Stadtwald zu



Die Bäume an der Lindenstraße werden zurückgeschnitten. BILD: SCHLÜTER

gelangen. Betroffen wären dann der Kreuzungsbereich in Atens sowie der Einmündungsbereich an der Blexersander Straße. Das führt laut Heinz Smit zu einem erhöhten Unfallrisiko. Er ist auch gegen die Installierung von Zäunen auf beiden Seiten der Bndesstraße. Das sei keine Lösung, die Rehe in einem Gebiet zu halten. Auch seien die Kosten für einen Zaun mit 12 bis 14 Euro pro Meter sehr hoch. Darüber hinaus würde die Unterhaltung in den fol-

genden Jahren erhebliche Kosten verursachen.

Die Mitglieder stimmten stattdessen für den Vorschlag der Verwaltung und des Försters, die Geschwindigkeit auf 70 Kilometer zu beschränken* und Warnschilder „Achtung Wildwechsel“ aufzustellen. Zusätzlich soll ein breiterer Streifen Buschwerk beiderseits der B 212 geräumt werden, um das Sichtfeld zu vergrößern.

Beschlossen wurde ebenfalls, den Leinenzwang im

Seenpark vom Parkplatz Coldewarf bis zum Blexer Sieltief aufzuheben – auch während der Setz- und Brutzeit.

Zudem beschloss der Ausschuss die Aufhebung der Baumschutzsatzung. Peter Kania, Fachdienstleiter für Stadtplanung, berichtete, dass im Zuge der öffentlichen Auslegung weder Bürger noch anerkannte Verbände Anregungen vorgebracht hätten. Laut Kania empfiehlt die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Wesermarsch, dass ortsbildprägende Bäume als geschützte Landschaftsteile unter Schutz zu stellen seien. Die Ausschuss-Mitglieder wollen sich weiter mit dem Thema befassen.

Ein Bürger, der an der Hangsingstraße wohnt, trug während der Sitzung am Mittwochabend sein Anliegen vor. Eine Platane vor seinem Haus sowie das Laub der städtischen Bäume, das er zu entsorgen habe, bereiten ihm Probleme. Anwohner der Lindenstraße in Einswarden hatten sich über stark zugewachsenen Kopflinden beklagt. Die Bäume sollen zurückgeschnitten werden.